

**PRESSEMITTEILUNG**PRESSESPRECHER  
Torsten Haase

Landeshaus, 24105 Kiel

Telefon 0431-988-1440

Telefax 0431-988-1444

E-mail: [info@cdu.ltsh.de](mailto:info@cdu.ltsh.de)Internet: <http://www.cdu.ltsh.de>

Finanzpolitik

**Rainer Wiegard:****Bis Ende November schon eine Milliarde neue Schulden!**

Auskunft verweigert und doch gescheitert. Die Bilanz des Finanzministers lässt sich auf diese Formel bringen.

Nachdem sich der Finanzminister monatelang dagegen gesträubt hatte die Einnahmen und Ausgaben des Jahres 2004 offen zu legen, musste das Ministerium die Ergebnisse aus der bisherigen Haushaltsführung, nun auch für den Monat November veröffentlichen. Rainer Wiegard, der finanzpolitische Sprecher des CDU Landtagsfraktion hat mit seiner kleinen Anfrage dafür gesorgt, dass Öffentlichkeit und Parlament nicht länger zum Narren gehalten werden.

Während die Nettoausgaben 7,4 Mrd. Euro betragen, belaufen sich die Nettoeinnahmen auf 6,1 Mrd. Euro. Die Nettokreditaufnahme Ende November beträgt also 930 Mio. Euro. Das sind rund 200 Mio. Euro mehr als veranschlagt. Das Ergebnis der bisherigen Haushaltsführung bestätigt die Ergebnisse aus den Steuerschätzungen leider nicht. Obwohl in diesem Jahr letztmalig die Steuerausfälle in Schleswig-Holstein durch andere erfolgreiche Bundesländer im Länderfinanzausgleich kompensiert werden, gibt das Ergebnis aus der Haushaltsausführung weiter Anlass zur Sorge. Es kann davon ausgegangen werden, dass mehr als 100 Mio. € an Steuereinnahmen fehlen werden.

Während die zulässige Bruttokreditaufnahme für das Jahr 2004 fast vollständig ausgeschöpft ist, fehlen bei den vorgesehenen Tilgungen noch rund 500 Mio. Euro. Eine Antwort auf die Frage, wie diese Lücke angesichts der viel zu hoch geplanten Steuereinnahmen geschlossen werden kann, bleibt der Finanzminister schuldig. Information des Finanzministers: Fehlanzeige.

Ein ebenso erschreckendes Bild liefern die Zahlen zu den Investitionen. Bis Ende November wurden lediglich 500 Mio. Euro investiert. Hat sich dies im Dezember nicht entscheidend verändert, wird die Investitionsquote bei nur 6,9 % - einem ebenso historischen wie erschreckenden Tief - liegen. So werden weder kommunale noch private Investitionen motiviert, die Wachstum in unserem Land fördern.

Wie soll mit dieser Politik die von Rot-Grün erklärte Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichtes behoben werden? Die Landesregierung hat offenbar auch kei-

nen Plan, wie sie die durch sie produzierte Störung beheben kann. Andernfalls hätte sie einen Finanzplan vorgelegt, in dem sie ihre Maßnahmen erläutert hätte. Ganz nebenbei ist sie dazu auch noch gesetzlich verpflichtet. Information des Finanzministers: Fehlanzeige.

Wie Rot-Grüne Investitionspolitik oder besser Desinvestitionspolitik aussieht, wird auch bei Betrachtung der Zuschüsse für Investitionen von Bund und EU deutlich: An Zuschüssen für Investitionen von Bund und EU konnten bis Ende November 120 Mio. Euro weniger als geplant eingenommen werden, weil das Land die eigenen Mittel nicht dazu tut. Die Landesregierung ist schon so pleite, dass sie nicht einmal geschenktes Geld annehmen kann.